



Rehse: „Nicht Zahlen, der Mensch hat Vorrang“

Wermelskirchen (BM) Für die WNKUWG ist ein genehmigungsfähiger Haushalt der Stadt kein Maß aller Dinge - seine Fraktion werde „Sparorgien nicht um jeden Preis mitfeiern“, erklärte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in einer Stellungnahme. Er reagierte auf die Äußerung von Friedel Burghoff, der ihm Unredlichkeit und Populismus vorgeworfen hatte. Rehse hatte dem Freibadförderverein Dabringhausen Hoffnung gemacht, dass die Politik ihre Vorgehensweise überdenken könne, wenn der Verein 100 000 Euro zusammentragen würde. Es sei ein gutes Recht des Bürgerforums, nackten Zahlen Vorrang vor Bedürfnissen der Menschen einzuräumen. Wohin das jedoch führe, hätten Banken-, Finanz- und Eurokrise gezeigt. „Wir räumen hingegen in unserem politischen Handeln den Menschen den Vorrang ein,“ postuliert Rehse.

Es sei ebenso das Recht anderer Gruppierungen, eine das Freibad erhaltende Meinung zu haben und für diese zu werben: „Leute, die dies als fragwürdig, unredlich und populistisch bezeichnen, wollen so nur von der eigenen Einfallslosigkeit oder Zahlengläubigkeit ablenken“, glaubt Rehse. Zum Glück habe das Bürgerforum nur zehn von 62 Stimmen im Rat - „so wurde mit nahezu allen anderen politischen Kräften gemeinsam verhindert, dass dem Wirtschaftsplan der Katt, dem Leuchtturm in der Jugend- und Kulturarbeit in Wermelskirchen, die Zustimmung verweigert wurde“, heißt es in Rehse's Stellungnahme. Für die WNKUWG gehörten zu einer Stadt der Größe Wermelskirchens ein Hallenbad, ein Freibad, die Katt, die Musikschule, die Stadtbücherei, eine funktionierende Wirtschaftsförderung sowie Stadtmarketing inklusive einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung, Sauberkeit und Ordnung sowie gepflegter Grünflächen dazu. Andere Städte dieser Größenordnung hätten dies auch, obwohl sie seit Jahren in Nothaushalten wirtschafteten.

Bürger nicht in Haftung nehmen

Rehse bezeichnet es als „unredlich, die Bürger für die schlechte finanzielle Situation in Haftung zu nehmen und zu belasten“. Nahezu alle Kommunen in NRW seien pleite - nicht weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern weil sie immer mehr Aufgaben von Land, Bund und Europa erledigen müssen, die Kosten aber nicht vom Verursacher getragen würden. Rehse kritisiert das „permanente Herunterbeten des Bürgerforum, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt und müssten die Gürtel enger schnallen“: „Wenn wir 2018 einen ausgeglichenen Haushalt haben, aber kein Freibad, kein Hallenbad, keine Katt, keine Musikschule mehr, dann werden wir auf die Trümmer unserer Infrastruktur blicken. Wir würden dann aber Transferleistungen für Städte wie Remscheid zahlen, die immer noch existierende Infrastrukturen wie Bäder oder Kunstrasenplätze haben.“

Rehse: „Nicht Zahlen, der Mensch hat Vorrang“

WERMELSKIRCHEN (BM) Für die WNKUWG ist ein genehmigungsfähiger Haushalt der Stadt kein Maß aller Dinge – seine Fraktion werde „Sparorgien nicht um jeden Preis mitfeiern“, erklärte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in einer Stellungnahme. Er reagierte auf die Äußerung von Friedel Burghoff, der ihm Unredlichkeit und Populismus vorgeworfen hatte. Rehse hatte dem Freibadförderverein Dabringhausen Hoffnung gemacht, dass die Politik ihre Vorgehensweise überdenken könne, wenn der Verein 100 000 Euro zusammentragen würde. Es sei ein gutes Recht des

Bürgerforums, nackten Zahlen Vorrang vor Bedürfnissen der Menschen einzuräumen. Wohin das jedoch führe, hätten Banken-, Finanz- und Eurokrise gezeigt. „Wir räumen hingegen in unserem politischen Handeln den Menschen den Vorrang ein,“ postuliert Rehse. Es sei ebenso das Recht anderer Gruppierungen, eine das Freibad erhaltende Meinung zu haben und für diese zu werben: „Leute, die dies als fragwürdig, unredlich und populistisch bezeichnen, wollen so nur von der eigenen Einfallslosigkeit oder Zahlengläubigkeit ablenken“, glaubt Rehse. Zum Glück

habe das Bürgerforum nur zehn von 62 Stimmen im Rat – „so wurde mit nahezu allen anderen politischen Kräften gemeinsam verhindert, dass dem Wirtschaftsplan der Katt, dem Leuchtturm in der Jugend- und Kulturarbeit in Wermelskirchen, die Zustimmung verweigert wurde“, heißt es in Rehse's Stellungnahme. Für die WNKUWG gehörten zu einer Stadt der Größe Wermelskirchens ein Hallenbad, ein Freibad, die Katt, die Musikschule, die Stadtbücherei, eine funktionierende Wirtschaftsförderung sowie Stadtmarketing inklusive einer attraktiven Weihnachtsbe-

leuchtung, Sauberkeit und Ordnung sowie gepflegter Grünflächen dazu. Andere Städte dieser Größenordnung hätten dies auch, obwohl sie seit Jahren in Nothaushalten wirtschafteten.

Bürger nicht in Haftung nehmen

Rehse bezeichnet es als „unredlich, die Bürger für die schlechte finanzielle Situation in Haftung zu nehmen und zu belasten“. Nahezu alle Kommunen in NRW seien pleite – nicht weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern weil sie immer mehr Aufgaben von Land, Bund und Europa erledigen müs-

sen, die Kosten aber nicht vom Verursacher getragen würden. Rehse kritisiert das „permanente Herunterbeten des Bürgerforum, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt und müssten die Gürtel enger schnallen“: „Wenn wir 2018 einen ausgeglichenen Haushalt haben, aber kein Freibad, kein Hallenbad, keine Katt, keine Musikschule mehr, dann werden wir auf die Trümmer unserer Infrastruktur blicken. Wir würden dann aber Transferleistungen für Städte wie Remscheid zahlen, die immer noch existierende Infrastrukturen wie Bäder oder Kunstrasenplätze haben.“

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
Bergische Morgenpost Wermelskirchen
Dienstag, den 10. Januar 2012
14

→ Impressum → Kontakt